

# Energie aktuell

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(2018)**

Heft 4: **Die Bombe als Treiber der Atomkraft**

PDF erstellt am: **16.08.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Energie aktuell

## > CO<sub>2</sub>-Gesetz-Revision im Parlament



Grafik: fischerdesign.ch

fb. Längst ist klar: Die Schweiz ist vom Klimawandel betroffen, stärker als andere Länder und stärker als bisher angenommen. Alle 10 Jahre muss das CO<sub>2</sub>-Gesetz totalrevidiert werden. Mit der aktuellen Revision soll festgeschrieben werden, wie die Schweiz die Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens einlösen kann. Die Botschaft des Bundesrats wurde von der Energiekommission des Nationalrats beraten, zurzeit wird das Gesetz im Parlament behandelt. Bereits davor zeigte sich, dass die Politik nicht energisch genug durchgreift. Sowohl Botschaft als auch UREK-N-Vorlage erscheinen weitgehend untauglich, um den Herausforderungen einer raschen und umfassenden Dekarbonisierung gerecht zu werden. Dies zeigt sich exemplarisch beim Sektor Verkehr: Eine griffige Klimapolitik ist praktisch inexistent.

## > Kantonale Umsetzung der Energiewende



fb. Die Schweizer Bevölkerung hat 2017 JA gesagt zur nationalen Energiestrategie 2050. Nun geht es um die Umsetzung dieser Strategie auf kantonaler Ebene. Die Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich müssen bis 2020 in die kantonale Gesetzgebung überführt werden. Die Massnahmen sollen zur gesamtschweizerischen Harmonisierung und Vereinfachung der Energievorschriften beitragen. In einer nachparlamentarischen Phase befindet sich der Kanton Bern. Mit dem neuen Energiegesetz möchte der Kanton den CO<sub>2</sub>-Ausstoss im Gebäudesektor reduzieren. Viele Vorschläge wurden abgeschwächt, das Gesetz ist ein Kompromiss. Dennoch wurde vom HEV das Referendum ergriffen, das Gesetz kommt am 10. Februar 2019 zur Abstimmung. Die SES unterstützt das Berner Energiegesetz.

## > Kandidatin für die Atomausstiegsmedaille



Foto: Bundeskanzlei

vs. Ende September hat Bundesrätin Doris Leuthard ihren Rücktritt angekündigt. Ihr ist zu verdanken, dass der Neubau von Atomkraftwerken mit der Annahme der Energiestrategie 2050 gesetzlich verankert werden konnte. Mit diesem Entscheid hat Bundesrätin Leuthard die Schweizer Energiepolitik richtungsweisend geprägt.

Ob sie für ihr Wirken von Greenpeace und der SES die Atomausstiegsmedaille erhält, wird sich zeigen. Denn im Rahmen der laufenden Revision der Kernenergieverordnung sollen die geltenden Strahlenschutzbestimmungen so abgeschwächt werden, dass das AKW Beznau ohne Nachrüstungen noch über Jahrzehnte am Netz bleiben könnte. Leidtragend wäre die Bevölkerung, die just mit dem Ausstiegsentscheid vor dem steigenden Risiko der Altreaktoren hätte geschützt werden sollen.

## > 20 Jahre Nuclear Free Future Award



hn. Am 24. Oktober fand in Salzburg der Festakt zur Verleihung des Nuclear Free Future Award (NFFA) statt. Der NFFA ehrt Menschen, die sich für das Ende des Atomzeitalters engagieren. Der 83-jährige Wissenschaftler Peter Weish (A) wurde für sein Lebenswerk geehrt. Auch Didier und Paulette Anger (F) erhielten den Preis für ihr Lebenswerk: 45 Jahre gegen Atom-U-Boote, AKW und Atommüll in der Normandie. Der Preis in der Kategorie «Widerstand» ging an den Aborigine Jeffrey Lee (AUS): 14'000 Tonnen Uran bleiben in seinem Land. Mit dem Preis «Aufklärung» wurde der Indigene Karipbek Kuyukov (Kasachstan) geehrt: Ohne Arme als Opfer der sowjetischen Nukleartests von Semipalatinsk geboren. Linda Walker (GB) erhielt den Preis «Lösungen»: Ihr Hilfswerk Chernobyl Children's Project UK unterstützt seit 1995 krebskranke Kinder aus Weissrussland. [www.nffa.de](http://www.nffa.de)

---

### > Freier Strommarkt: Mehr Nachteile als Vorteile



fn. Mitte Oktober hat der Bundesrat die Vernehmlassung zur Revision des Stromversorgungsgesetzes gestartet. Im Zentrum steht die volle Marktöffnung für KonsumentInnen, die weniger als 100'000 Kilowattstunden pro Jahr verbrauchen. Ohne zusätzliche Massnahmen für den Ausbau erneuerbarer Energien lehnt die SES die Marktöffnung ab. Sie bringt mehr Nachteile als Vorteile. Bei den Netzgebühren geht der Vorschlag des Bundesrats in der Tendenz in Richtung Flatrate beim Strombezug. Der Anreiz für effizienten und sparsamen Umgang mit Elektrizität wird so geschwächt. Das schafft Fehlreize und ist für den Eigenverbrauch von Solarstrom schlecht (siehe S. 18/19). Bis am 31. Januar läuft die Vernehmlassung, gegen Mitte 2019 soll die Botschaft ans Parlament gehen. Die SES bleibt dran.

---

### > China: Kritik an neuen AKW



ne. Offen vorgetragener Kritik am Regierungskurs begegnet man in China selten. Umso erstaunlicher deshalb, dass derzeit der Ausbau der Atomkraft im Reich der Mitte vom regierungsnahen chinesischen Forum für saubere Energie öffentlich in Frage gestellt wird. Seit dem Super-GAU von Fukushima wurde in China mit Abstand am meisten in neue AKW investiert.

Hochrangige Vertreter des Forums verweisen nun auf die mangelnde Wirtschaftlichkeit und die langen Bauzeiten für neue AKW und empfehlen stattdessen Investitionen in erneuerbare Energien. Beigetragen zu dieser Kritik hat unter anderem der jährlich erscheinende Status Report zur weltweiten Lage der Atomkraft von Mycle Schneider (vgl. Artikel auf S. 10/11), der 2017 auf chinesisch übersetzt wurde und aufzeigt, dass China mit seinem Ausbau relativ allein dasteht.

---

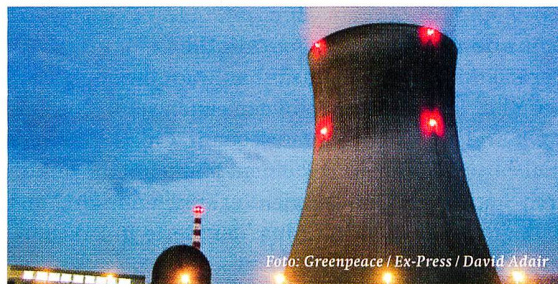
### > AKW Fessenheim: Jetzt bis 2022



ne. Im Hin und Her um das Stilllegungsdatum des ältesten französischen AKW Fessenheim hat sich nun auch das oberste französische Gericht eingeschaltet: Es hat auf Klage der Gemeinde Fessenheim ein Dekret aufgehoben, das die Schliessung des AKW Fessenheim an die Inbetriebnahme des neuen AKW Flamanville 3 knüpfte. Die Betreiberin EDF hat daraufhin angekündigt, Fessenheims Block 1 bis Mitte 2020 und Block 2 bis Mitte 2022 abzuschalten. Ob das Dekret zu einer schnelleren Abschaltung geführt hätte, ist fraglich. Der einzige französische AKW-Neubau in Flamanville kämpft seit Jahren mit grossen Verspätungen und Materialproblemen, zum Teil aufgrund gefälschter Dokumente. Wann das neue AKW in Betrieb gehen wird, ist noch immer unklar.

---

### > AKW Leibstadt: Heimlich zurück zu 100 %



ne. 2016 stand das AKW Leibstadt wegen sogenannter Dryouts an den Brennstäben rund acht Monate still. Ohne die genaue Ursache zu kennen, liess das ENSI das AKW zurück ans Netz. Als Gegenmassnahme wurde eine Leistungsreduktion von rund 10% verfügt. Nun ergaben weitere Abklärungen, dass es sich doch nicht um Dryouts gehandelt habe, sondern dass die Probleme von Geschwemmnel im Kühlwasser herrührten.

Das ENSI und seine Experten setzten damit mehr als zwei Jahre lang auf eine falsche Erklärung. Trotzdem durfte das AKW Leibstadt nun seine Leistung wieder auf rund 93% der vormaligen Leistung erhöhen. Derweil läuft noch immer ein Verfahren, in dem die SES die Expertengutachten von 2016 angefordert hat. Doch das AKW Leibstadt wehrt sich mit allen juristischen Mitteln gegen die Herausgabe.